

Neuvergabe des Rettungsdienstes in Potsdam-Mittelmark: Zunächst Lob, dann Kritik

Autor:

Peter Poguntke
M.A.
Landhausstr. 263,
70188 Stuttgart,
rd.sued@gmx.de

Zuversichtlich geben sich die Johanniter bezüglich ihrer künftigen Beteiligung am Rettungsdienst

Es kam für alle überraschend: Hatten kurz zuvor noch Branchenexperten die Kreisverwaltungsbehörde von Potsdam-Mittelmark ausdrücklich für ihr fachmännisches Vorgehen bei der Neuvergabe des Rettungsdienstes gelobt, zog die Politik unverhofft die Bremse. Die Entscheidung darüber, wer von 2009 bis 2013 für Notfallrettung und Krankentransport zwischen Fläming und Havelland zuständig sein wird, wurde kurzerhand vom 6. Dezember 2007 auf den 13. März 2008 vertagt. Der Grund: Abgeordnete aller im Kreistag vertretenen Parteien sehen sich unzureichend informiert darüber, nach welchen Gesichtspunkten das baden-württembergische Beratungsunternehmen Orgakom im Auftrag des Kreises die Unterlagen für die Bewerber erstellt hat. Zudem ist ihnen die Logik nicht klar, nach

der die eingegangenen Angebote bewertet wurden und nach denen nach dem Vorschlag der Verwaltung nun die Beauftragung erfolgen soll. Die Neuvergabe des Rettungsdienstes erfolgte im Rahmen eines Vergabeverfahrens nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes Brandenburg. Zu schaffen macht den Politikern vor allem, dass nach der Beschlussvorlage manche Hilfsorganisationen erheblich Federn lassen müssten und zum ersten Mal eine Privatfirma mit ins Boot käme.

Kein Lohndumping

Bis zur Entscheidung des Landrats Lothar Koch (SPD), die Rettungsdienstvorlage im Kreisausschuss zurückzuziehen, wurde der Vergabeprozess von Branchenkennern als geradezu „vorbildlich“ bezeichnet. So seien die Bewerber beispielsweise von Anfang an auf mögliche Betriebsübergänge beim Betreiberwechsel von Rettungswachen sowie auf die Pflicht zur Tarifbindung hingewiesen worden, um einen Preiskrieg über die Mitarbeitergehälter auszuschließen. Auch der zeitliche Vorlauf wurde als ideal eingestuft. Diese Euphorie scheint nun zumindest vorübergehend verflogen, denn die Umsetzung der empfohlenen Neuvergabe würde die Rettungsdienstlandschaft in Potsdam-Mittelmark so grundlegend verändern, dass sich nicht jeder damit anzufreunden vermag.

Der Kreis – bei der Neuvergabe geht es ausschließlich ums Personal – stellt 13 Rettungswachen mit insgesamt sechs NEF, 16 RTW und vier KTW. Davon betrieben das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und die Johanniter (JUH) bisher jeweils sechs und der Malteser Hilfsdienst (MHD) eine. Nach dem Neu-



Mit Promedica könnte zum ersten Mal ein Privater im Rettungsdienst von Potsdam-Mittelmark tätig sein

verteilungsplan, der aus ungeklärter Ursache den Weg in die Tageszeitung „Märkische Allgemeine“ fand, soll das DRK nur noch zwei Rettungswachen, der MHD keine mehr, die JUH aber sieben und das niedersächsische Privatunternehmen Promedica GmbH vier Rettungswachen erhalten. Dies erschien dann manchen Politikern offensichtlich doch zu weitgehend.

Unzureichend informiert

„Uns wurde lediglich das fertige Endergebnis vorgelegt, ohne dass wir jemals einen Zwischenstand des Vergabeverfahrens erfahren hätten“, kritisiert Rudolf Werner, Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag, die dort mit 15 Sitzen die stärkste politische Kraft bildet. „Es ist für uns nicht zu erkennen, dass die vorgelegten Bewertungskriterien zwingend zu diesen Ergebnissen führen müssen“, begründet er den neuerlichen Abstimmungsbedarf. Seine Amtskollegin von der SPD und Koalitionspartnerin Dr. Andrea Grochtmann, meldet sogar noch grundsätzlichere Bedenken an: „Es bestehen Zweifel, ob auf bewährte Strukturen einfach so verzichtet und einfach nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden werden kann.“ Es sei den Bürgern nicht ohne weiteres vermittelbar, „wenn welche weg müssen, deren Arbeit immer so



positiv beurteilt wurde.“ Die gesamte Koalitionsrunde – in Potsdam-Mittelmark regieren CDU, SPD, FDP und Parteilose gemeinsam – wolle noch einmal Akteneinsicht und die Vertreter der Verwaltung zum Zustandekommen von Bewerberunterlagen und Angebotsbewertung befragen.

Einig mit der Opposition

Hier weiß sich die Regierung in Einigkeit mit der Opposition im Kreistag, deren stärkste Einzelfraktion mit zehn Abgeordneten die Linkspartei bildet. Die Linke stellt auch die Vorsitzende des für den Rettungsdienst zuständigen Arbeits- und Sozialausschuss, Astrid Rabinowitsch: „Wir sehen nicht ein, dass Leute rausfliegen oder ausgetauscht werden sollen, die teilweise seit 1990 ohne Beanstandung gearbeitet haben.“ Sie will in erster Linie die Angebote der empfohlenen Bewerber überprüfen, was die Arbeitsverträge und Gehälter von deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betrifft. Vor allem die mögliche Anwendung so genannter Opt-Out-Regelungen, die eine Ausdehnung der Wochenarbeitszeit erlauben, hat Astrid Rabinowitsch im Visier. Einiges an der empfohlenen Losvergabe erscheine ihr nicht nachvollziehbar – eine Einschätzung, die nach ihren Worten auch die zweitgrößte Oppositionspartei im Kreistag, die Grünen, teile.

„Nicht an Politik vorbeigearbeitet“

Eine Allparteienkoalition also gegen eine Neuvergabe des Rettungsdienstes, bei der die Hilfsorganisationen in den Augen vieler zu kurz kommen? Diese Vermutung haben Beobachter der Rettungsdienstszene. Zwar habe die Politik durchaus ein transparentes Vergabeverfahren befürwortet, aber doch insgeheim gehofft, es würde sich daraus keine wesentliche Änderung der

jetzigen Rettungsdienststruktur ergeben, meinen sie. Orgakom-Geschäftsführer Jens Petri mag zumindest nicht glauben, dass der Informationsfluss zwischen Kreisverwaltung und Kreistag so mangelhaft gewesen sei: „Es wurde nicht an der Politik vorbeigearbeitet.“ Vergabe- und Bewertungsverfahren seien von der Kreisverwaltung zu gegebener Zeit erläutert worden.

Promedica enttäuscht

Die betroffenen Rettungsorganisationen reagieren naturgemäß unterschiedlich auf die jetzige Situation. Promedica-Chef Ingo Lender weist auf die zahlreichen Referenzen hin, die sein Unternehmen bei der Bewerbung einzureichen hatte und aus denen klar hervorgehe, dass seine Mitarbeiter korrekt nach Tarif entlohnt würden und Betriebsübergänge im Angebot mit einkalkuliert worden seien: „Und Opt-Out-Regelungen werden bei uns überhaupt nicht angewendet.“ Aus den Referenzen gehe zudem der hohe Qualitätsstandard der Promedica hervor. Zudem hätten 55 Prozent des Angebotsvolumens die Leistungen ausgemacht und nur 45 Prozent die Kosten.

Bei den Johanniter-Diensten Berlin/Brandenburg gGmbH gibt sich Prokuristin Monika Lahr-Eigen gelassen: „Die Ausschreibung ist sehr gut gelaufen. Wir haben keine Bedenken bei der Neuvergabe.“ Die Bewerbung der JUH hatte im Vorfeld Fragen aufgeworfen, weil die Organisation zwei verschiedene abgegeben hatte – eine seitens der gGmbH, eine seitens des JUH-Landesverbandes. Dies, so Lahr-Eigen, zugleich Regionalvorstand der Johanniter Potsdam-Mittelmark-Fläming, sei jedoch einfach zu erklären: „Es werden auch jetzt schon einige Wachen von der gGmbH und einige vom Landesverband betrieben.



Die Malteser, bislang Betreiber einer einzigen Rettungswache, könnten eventuell gar nicht mehr zum Zuge kommen

Aus diesem Grund gab es auch zwei Bewerbungen.“ 1990 habe der Landesverband mit dem Rettungsdienst begonnen, später sei die ausgliederte Rettungsdiensttochter dazu gekommen.

DRK: Schlag ins Gesicht

Seine Enttäuschung nicht verbergen kann Wolfgang Klamt von der Rettungsdienst Potsdam-Mittelmark gGmbH des DRK: „Für uns ist dieses Ergebnis nicht fassbar.“ Das DRK sei sich sicher, dass das Angebot „zu mehr Auftragsvolumen führen muss.“ Auch für ihn stelle sich die Frage, worauf die Beschlussvorlage der Kreisbehörde basiere, aber „das wird uns wohl keiner genau erklären.“ „Ein Schlag ins Gesicht“, meint er. Zurückhaltender reagieren die Malteser: „Wir hoffen trotz allem, auch über 2008 hinaus im Rettungsdienst in Potsdam-Mittelmark tätig sein zu können.“ Über diese Frage und andere, die den Rettungsdienst

betreffen, entscheiden die Kreisräte frühestens in einigen Monaten.

Fest stehen bislang nur zwei Dinge: Alle in Potsdam-Mittelmark engagierten Rettungsorganisationen sind verunsichert und auch das handwerklich perfektteste Ausschreibungs- und Vergabeverfahren für den Rettungsdienst macht keinen Sinn, wenn die politische Flankendeckung fehlt. 

Geschockt reagierte das DRK auf die Presseveröffentlichung, wonach es nur noch zwei statt wie bisher sechs Rettungswachen bekommen soll

